

Statement zur Situation in den Schulen im 2. Lockdown

Verantwortung für Unterrichtssicherung ja – Verzicht auf besten Infektionsschutz nein

Zur aktuellen Situation in den Schulen für die Zeit des erneuten Lockdowns, äußert sich der Vorsitzende des Philologenverbandes, Horst Audritz:

„Dieser neue Lockdown war vorauszusehen: Die zweite Welle der Pandemie hat unser Land voll erfasst, die Lage ist mehr als ernst. Deshalb ist es richtig, mit allen Mitteln – auch dem eines modifizierten ‘Wellenbrechers’ – gegen die gesamtgesellschaftlich bedrohliche Ausbreitung des Virus vorzugehen.

Von einschneidenden Maßnahmen dürfen die Schulen nicht ausgenommen werden, im Gegenteil, länderübergreifende Regelungen sind zwingend notwendig. Im neuesten Beschluss zwischen Bund und Ländern zur Bekämpfung der Pandemie steht aber lediglich, dass Schulen und Kindergärten offenbleiben sollen und die Länder über die erforderlichen Schutzmaßnahmen entscheiden. Das ist entschieden zu wenig und bleibt viel zu vage. Es klingt fast so, als wären Schulen vom Infektionsgeschehen abgekoppelt.

In dieser bedrohlichen Situation müssen auch in den Schulen einheitliche und verbindliche Maßnahmen gelten, statt auf Eigenverantwortung zu vertrauen. Eine weitere Verunsicherung bei Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und Eltern darf es nicht geben. Regeln müssen klar, einheitlich, verhältnismäßig und unmissverständlich sein: Dazu gehören eine konsequente Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen (Abstandsregeln) auch im Klassenzimmer und die sofortige Beschaffung zusätzlicher Schutzeinrichtungen sowie die Prüfung alternativer Lüftungskonzepte.

Das Niedersächsische Kultusministerium hat in diesem Sinne klare Bedingungen für das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung und den Übergang einer Schule in das Wechselmodell verfügt, was wir grundsätzlich begrüßen. Allerdings reicht das nicht aus.

Wir appellieren an unseren Dienstherrn, seiner Fürsorgepflicht umfassend nachzukommen und die Lehrkräfte bestmöglich zu schützen und zu unterstützen. Notwendige Schutzausrüstung und Lehrmittel sind umgehend zur Verfügung zu stellen. Unsere Lehrerinnen und Lehrer tun unter diesen belastenden Umständen ihr Bestes, um so viel Unterricht wie möglich zu gewährleisten. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass ihr Gesundheitsschutz und der der Schülerinnen und Schüler an erster Stelle steht.

Um größtmögliche Transparenz und Akzeptanz zu erreichen, fordern wir, dass bei allen Beschlüssen die Personalvertretungen zu beteiligen sind.

Darüber hinaus zeichnet sich schon jetzt ab, dass ein flächendeckender, befristeter Wechsel in das Szenario B - Fernunterricht und Präsenzunterricht mit geteilten, kleinen Gruppen - notwendig wird. Eine völlige Schließung von Schulen (Szenario C) steht regional bevor. Vom Kultusminister müssen nun klare und tragbare Vorgaben für die Arbeitsbedingungen im Homeoffice während der Szenarien B und C erfolgen. Insbesondere Arbeitszeit, Datenschutz, Zusatzkosten und realistischer Umfang des Homeschoolings müssen klarer geregelt werden. Hinzukommen muss schon jetzt auch die Vorbereitung auf ein Szenario D - langfristiger Regelbetrieb in der Schule unter Bedingungen der Pandemie weit über das Jahresende hinaus.

Wir fordern daher: Einheitliches Vorgehen muss die Regel werden, lokale Abweichungen sollten die Ausnahme sein, nicht umgekehrt. Denn die Entwicklung zeigt, dass das Virus binnen Kurzem für eine relativ gleichmäßige Gefährdung sorgen wird.“

Hannover, 03.11.2020